

Zwangsbeiträge – nein danke! Schluß mit der Ungerechtigkeit bei Kommunalabgaben

1. In welcher Situation leben wir?

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 14 (2) steht:
„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Die Väter des Grundgesetzes sind dabei offenbar von dem Gedanken ausgegangen, daß Eigentümer, die ihr Eigentum in einem bestimmten gesellschaftlichen Umfeld erlangt haben, auch diesem Umfeld mit seinen Menschen verpflichtet sind.

Am einfachsten erreicht man das, indem man alle Menschen eines Gemeinwesens entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Steuern und Abgaben verpflichtet. Mit diesen Einnahmen sollten (und wurden in der Vergangenheit) Bereiche finanziert werden, die zugrunde gehen oder für zunehmende Mehrheiten unbezahlbar werden, wenn man sie der Profitsucht unterwirft, wie z.B. Gesundheits- und Sozialwesen, Bildungswesen, Energie- und Wasserversorgung. Soweit die Theorie.

Die Praxis sieht ganz anders aus. Während man die Leistungsfähigsten immer mehr entlastet, werden die Schwächsten immer stärker belastet. Privatisierung von Gewinnen und Vergesellschaftung von Verlusten ist an der Tagesordnung. Konzerne dürfen sich ganz legal arm rechnen, Spekulationsverluste von Banken gleicht der Steuerzahler aus.

Kommunales Tafelsilber wird wegen kurzfristiger Liquidität verscherbelt, mit dem Endergebnis, daß noch mehr Kommunen in absehbarer Zeit zahlungs- und handlungsunfähig werden. Ein Unternehmen, das so eine Mißwirtschaft betreibt, hat verdient, daß es von der Bildfläche verschwindet.

Wo meldet man eigentlich den Konkurs für die Bundesrepublik Deutschland oder das Land Thüringen an? Damit könnte man z.B. die Staatsverschuldung mit einem Schlag vom Tisch haben.

Unter dem Vorwand, Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zu schaffen, flossen gigantische Subventionen in die Privatindustrie.

Tatsächlich wurden massenhaft Arbeitsplätze, von denen sich die Menschen noch ernähren konnten, ersetzt durch Arbeitsplätze, die weder ihren Inhaber und schon gar nicht dessen Familie ernähren können. Bei vielen abhängig Beschäftigten geht es vor dem aktuellen Nokia-Hintergrund nur noch um die Frage, ob sie in Deutschland auf rumänischem Lohnniveau arbeiten wollen oder nicht.

Der Graben zwischen Arm und Reich wird tiefer. Die Mittelschicht hat Angst vor dem Abstieg.

In der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ vom 13.03.2008 wurden folgende Zahlen genannt:

- Entwicklung der **Managergehälter** von 2003 bis 2006: **+ 47%**
- Entwicklung der **Steuern** von 2003 bis 2006: **+ 22%**
- Entwicklung der **Löhne** von 2003 bis 2007: **- 4,3%**

Da Steuereinnahmen offenbar überwiegend zur Umverteilung von unten nach oben eingesetzt werden (dazu gehören auch Sozialleistungen, die ausgebeutete Menschen ergänzend zu ihren Hungerlöhnen erhalten, damit sie überhaupt überleben können), bleibt immer weniger Geld auch für kommunale Aufgaben.

Der sogenannte Aufschwung resultiert überwiegend aus dem Export. Die Kaufkraft im Inland stagniert bzw. sinkt sogar.

2. Die Stellung privater Haus- und Grundeigentümer in der Umverteilungsgesellschaft

Infolge der sinkenden Kaufkraft bei steigenden Preisen und fortschreitendem Bevölkerungsrückgang sind Mieterhöhungen undenkbar. Das Mietausfallrisiko, besonders bei privaten Haus- und Grundeigentümern, steigt.

Ihnen droht mit zusätzlich aufgezwungenen Lasten die kalte Enteignung und damit der Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer Altersvorsorge.

In der DDR erfolgte die kalte Enteignung auf Grund nicht kostendeckender Mieten und infolge dessen eingetretener oder unmittelbar bevorstehender Überschuldung, indem Häuser durch Eigentumsverzicht, Schenkung oder Erbausschlagung in Volkseigentum übernommen wurden.

Heute erfolgt die kalte Enteignung durch Überforderung der Haus- und Grundeigentümer mit Zwangsbeiträgen für Abwasser und Straßenbau sowie durch Zwangsinvestitionen in z.B. energetische Sanierungen, deren Umlagemöglichkeit über Modernisierungsmieterhöhungen immer fraglicher wird. Gleichzeitig gibt es Pläne von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, daß Mieter ihre Miete kürzen können, wenn Vermieter ihre Gebäude nicht energetisch auf den neuesten Stand bringen. Laut Haus & Grund Deutschland sind diese Pläne Gabriels mit der Eigentumsfreiheit des Grundgesetzes unvereinbar. "Wer in dieser Situation mit neuen Mietminderungsrechten hantiert, fährt die verbliebene Investitionskraft und -neigung der privaten Vermieter endgültig gegen die Wand", so Haus & Grund-Präsident Rolf Kornemann.

Gegen die Erhebung von Zwangsbeiträgen für Abwasser und Straßenbau wendet sich die Arnstädter Erklärung vom 05.05.2007 der Bürgerallianz Thüringen e.V. (gegen überhöhte Kommunalabgaben).

Entsprechend dieser Argumentation

-müssen alle Nutzer von Abwasseranlagen und Straßen die Kosten über Gebühren und Steuern tragen, unabhängig, ob sie Eigentümer oder Mieter sind.

-wird die Höhe der Zwangsbeiträge willkürlich ungefragt und unkontrolliert zu Lasten des Privateigentums einer Bevölkerungsminderheit festgelegt. Die Methodik ist falsch, weil die tatsächliche Bebaubarkeit der Grundstücke z.B. wegen baurechtlicher Festlegungen nicht berücksichtigt wird.

-erfolgt die Zahlung der Zwangsbeiträge ohne konkrete nachweisbare Gegenleistung für den Einzelnen. Es handelt sich um eine finanzielle Enteignung.

-ist eine Beitragserhebung auf Grundstücksflächen unzeitgemäß

-ist die Ermächtigung der Bürgermeister, über das Privatvermögen der Haus- und Grundeigentümer zu verfügen undemokratisch.

-stellen Zwangsbeiträge einen Standortnachteil dar und wirken wettbewerbsverzerrend.

-schüren Zwangsbeiträge Existenzängste, weil sie einen schweren Eingriff in das Leben der betroffenen Familien darstellen können.

-ist die rückwirkende Erhebung von Beiträgen aus rechtstaatlichen und verfassungsrechtlichen Gründen abzulehnen.

-mißachten Zwangsbeiträge das

Verursacherprinzip und sind sozial ungerecht.

-haben sich viele Thüringer, insbesondere Grundstückseigentümer oft auf Jahrzehnte verschuldet und können zusätzliche Lasten nicht mehr tragen.

HWG Saale-Orla unterstützt die Forderung der Bürgerallianz Thüringen nach Abschaffung jeglicher Zwangsbeiträge.

Würde des Bürgers

Ludwig Börne (1786-1837)

**Um den Beifall der Regierungen buhlen?
Großer Gott! Wie kann man nur so wenig
die Würde des Bürgers,
sowenig die eines Volks fühlen, in dessen
Namen man spricht, daß man sagt, man
wolle zeigen, daß das Volk des Beifalls
seiner Regierung würdig sei?
Die Regierungen müssen um den Beifall ihrer
Völker buhlen; sie, aus dem Volke
hervorgegangen, von ihm erhoben, von ihm
teuer bezahlt - sie müssen zeigen, daß sie
des Vertrauens würdig sind, das man in sie
gesetzt, daß sie die Macht verdienen, die
man ihnen geliehen zum Besten aller.
Das Volk braucht nicht zu bitten,
das Volk braucht nicht zu schmeicheln,
ihm ist alle Macht, sein ist alle Herrschaft
und die Regierung ist sein Untertan!**

Am 27.02.2008 um 19:00 Uhr fand in der Gaststätte "Jüdeweiner Klause" Pößneck unsere Informationsveranstaltung mit dem Pößnecker Bürgermeister, Herrn Michael Modde zu Vorhaben der Stadt Pößneck im Jahr 2008 statt. Herr Modde sprach über Bauprojekte und -objekte der Stadt.

Natürlich wurde das Thema Umgehungsstraße auch nicht ausgeklammert. Unsere Mitglieder interessierten sich u.a. auch für Maßnahmen zur Verbesserung von Ordnung und Sauberkeit in der Stadt.

Ihr Vorstand